

S t a d t H a a n

Niederschrift über die

36. Sitzung des Rates der Stadt Haan

am Dienstag, dem 11.08.2009 um 17:30 Uhr
im Sporthalle des Gymnasiums Adler Straße

Beginn:
17:30

Ende:
19:43

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bovert

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
Stv. Peter Bartz
Stv. Heinz Bogatzki
Stv. Anette Braun-Kohl
Stv. Harald Giebels
Stv. Wolfgang Goeken
Stv. Marlies Goetze
Stv. Udo Greeff
Stv. Dr. Dieter Gräßler
Stv. Gerd Holberg
Stv. Jens Lemke
Stv. Meike Lukat
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Hildegard Treis
Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Jürgen Boes
Stv. Walter Drennhaus
Stv. Ute Dörr
Stv. Jörg Dürr
Stv. Wilfried Pohler
Stv. Bernd Stracke
Stv. Heinrich Wolfsperger

FDP-Fraktion

Stv. Philip Daniel
Stv. Friedhelm Kohl
Stv. Dirk Raabe
Stv. Michael Ruppert
Stv. Klaus Straßburg
Stv. Arnd Vossieg

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch
Stv. Andreas Rehm
Stv. Jochen Sack

UWG-Fraktion

Stv. Angela Sander

Verwaltung

Beigeordnete/r Matthias Buckesfeld
Herr Bernd Duske
Frau Ute Eden
Beigeordnete/r Dagmar Formella
Herr Bernd Küper
Frau Sylvia Lantzen
Herr Günter Opfer
Frau Sabine Riekel

Schriftführer

Herr Fabian Winkler

Der Vorsitzende Knut vom Bover eröffnet um 17:30 Uhr die 36. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Bgm. vom Bover erläutert die Gründe für die Wahl des heutigen Sitzungsortes. Die Sporthalle des Gymnasiums sei gewählt worden, um deren sanierungsbedürftigen Zustand darzustellen. In der Folge legt er die Haushaltssituation der Stadt und deren Folgen dar.

1./ Fragerecht für Einwohner

Protokoll:

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

2./ Ergänzungsvorlage zur Drucksache 20/010/2009

Haushaltssituation

hier: Bewirtschaftungsmaßnahmen für den Haushalt 2009

Vorlage: 20/013/2009

Protokoll:

Bgo. Formella berichtet über die aktuelle Haushaltssituation der Stadt Haan. Danach haben weitere Minderungen bei den Einnahmen zur Gewerbesteuer zu einer weiteren Verschlechterung der finanziellen Situation geführt. Es bestehe die begründete Gefahr, dass ein nach heutigem Erkenntnisstand erforderliches Haushaltssicherungskonzept 2010 vom Landrat nicht genehmigt würde. Dies habe die bekannten Folgen wie Kreditlimitierung und mittelfristig den Verlust der Handlungsfähigkeit der Stadt Haan. Mit Beschluss der heute vorgelegten Bewirtschaftungsmaßnahmen für den Haushalt 2009 erhalte die Verwaltung / Politik eine Atempause. Sie umreißt die insgesamt auch weiterhin schwierige finanzielle Situation der Stadt und nennt u.a. die zu erwartende erhöhte Kreisumlage. Dem Baudezernat dankt sie für die kooperative Mitarbeit an den heute vorliegenden Sparvorschlägen.

Stv. Lemke erkennt die vorliegenden Bewirtschaftungsmaßnahmen als notwendiges Übel an und bittet darum, die anstehenden investiven Projekte nicht länger als nötig heraus zu zögern.

Auch **Stv. Pohler** möchte mit den vorliegenden Bewirtschaftungsmaßnahmen in die

kommenden Monate gehen. Allen müsse bewusst sein, dass aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage noch schwierige Zeiten bevorstünden. Wenn auch viele Projekte verschoben werden müssten, so sollte die Verwaltung diese in der Planung so weit vorbereiten, dass zum Zeitpunkt X mit der Umsetzung begonnen werden könne. Dabei liege der SPD die Umsetzung des Projektes OGS Griten ganz besonders am Herzen. Er bittet die Verwaltung, die Politik zeitnah auf dem Laufenden zu halten.

Stv. Ruppert betont, die Bewirtschaftungsmaßnahmen der Verwaltung als reine Notfallmaßnahme zu erkennen, welche ungeeignet sei, die strukturellen Probleme des Haushaltes der Stadt Haan zu lösen. Dies müsse der neue Rat der Stadt als seine Hauptaufgabe betrachten. Selbstverständlich aber stimme die FDP-Fraktion diesem Notfallplan zu.

Stv. Wetterau erläutert, während der Sachbereich sicher noch Einsparmöglichkeiten eröffne, liege die Sache bei den Personalkosten nicht zuletzt aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen anders. Die vorliegenden Bewirtschaftungsmaßnahmen seien im Hinblick auf das Gesamtvolumen der Personalkosten eher enttäuschend. Er streicht das frühe Problembewusstsein der CDU-Fraktion heraus, welche die Vorlage eines Personal- und Organisationsentwicklungskonzeptes sowie die Einrichtung eines Arbeitskreises Personal schon vor Jahresfrist gefordert hatte. Der GPA-Bericht, der Anregungen zum Sparen beinhalte, liege der Politik leider noch immer nicht vor. Auf Grundlage der vorliegenden Bewirtschaftungsmaßnahmen seien bis Jahresende nur kurzfristige Maßnahmen am Haushalt möglich, schon die Haushaltsberatungen für den Haushalt 2010 müssten zu einer schonungslosen Bestandsaufnahme und Analyse der Haushaltsstruktur genutzt werden.

Stv. Pohler erklärt, auch die SPD erwarte eine intensive Diskussion über den Haushalt 2010 und die Einstellung des Schulsozialpädagogen, dessen Einstellung für dieses Jahr den Bewirtschaftungsmaßnahmen zum Opfer falle. Dies müsse dann notfalls über finanzielle Umschichtungen gelingen.

Stv. Sack zeigt sich enttäuscht, dass insbesondere von den großen Fraktionen nicht die Ehrlichkeit gegenüber dem Bürger gefunden werde, zu sagen, dass einige Projekte in den nächsten Jahren gar nicht realisiert werden könnten. Seitens der Verwaltung vermisse er Kriterienbenennung und Prioritätensetzung bei den Bewirtschaftungsmaßnahmen. So sei es noch im März einhellige Meinung gewesen, auf den Schulsozialpädagogen nicht verzichten zu können, heute gelte dies nicht mehr. Die Veröffentlichung des GPA-Berichtes durch die Verwaltung sei schon länger überfällig.

Stv. Kohl gibt zu bedenken, dass der Verwaltungshaushalt durch den Vermögenshaushalt beeinflusst werde. Daher empfehle er, den Vermögenshaushalt nicht mit investiven Projekten zu überfrachten. Bei Investitionen sei der Anteil des Eigenkapitals entscheidend. Die Auswirkungen der in der Öffentlichkeit jüngst diskutierten konjunkturellen Aufhellungen würden sich erst im Jahr 2011 zeigen.

Stv. Stracke ist der Ansicht, nicht alle geplanten Maßnahmen könnten verschoben werden, da auch viele nachher teurer würden. So würde der Verzicht auf die Einstellung eines Schulsozialpädagogen u. U. zu höheren Folgekosten führen (Maßnahmen für unbetreute Schulkinder). Für den Haushalt 2010 müsse konsequent das Prinzip der Nachhaltigkeit eingeführt werden. Hierzu zähle im Personalkostenbereich auch

eine Aufgabenkritik.

Stv. Lerch mag nicht glauben, dass die Einstellung des Schulsozialpädagogen den Haushalt der Stadt gesprengt hätte. Gearbeitet werden müsse an der seit Jahren fehlerhaften Personalstruktur mit zu vielen Häuptlingen und zu wenigen Indianern.

Stv. Giebels ergänzt, der neue Rat müsse sich intensiv die Einnahme- und Ausgabeseite des Haushaltes ansehen. Die CDU verwahre sich aber gegen ein Aussetzen der Leistungsentgelte bei den Beamten. Gerade in schwierigen Zeiten seien motivierte Mitarbeiter wichtig.

Stv. Pohler regt die Einfügung einer Befristung in den Beschlussvorschlag an, die Maßnahmen sollten nur bis Jahresende gültig sein.

Abstimmungsergebnis:

30 Ja- und 3 Nein-Stimmen

Beschluss:

- „1.) Es wird den unter Ziffer 1 bis 7, 11 bis 14 (Anlage 1) vorgeschlagenen personalwirtschaftlichen Maßnahmen zugestimmt (Wenigerausgaben von rd. 0,026 Mio. EUR). Sie sind befristet bis spätestens 31.12.2009.
- 2.) Es wird den vorgeschlagenen Sperrungen gem. Anlage 2 zugestimmt (Wenigerausgaben von rd. 0,665 Mio. EUR).
- 3.) Die in der Anlage 3 aufgeführten Änderungen (Wenigereinzahlungen von 2.661.500 EUR und Wenigerauszahlungen von 2.730.000 EUR) werden zustimmend zur Kenntnis genommen.“

3./ Ergänzungsvorlage zur Drucksache III/003/2009

Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz / Investitionsförderungsgesetz NRW
Vorlage: 20/012/2009

Protokoll:

Bgo. Formella schickt vorweg, die Stadt müsse bei allen investiven Maßnahmen ei-

nen Eigenanteil in Höhe von 12,5 % zahlen, der ab dem Jahr 2012 mit abgesenkter Investitionspauschale zu zahlen sei. Gestern habe die Mitteilung der Deutschen Telekom die Stadt Haan erreicht, in der diese mitteilt, sich aufgrund der hohen Anzahl an Anfragen von Kommunen in diesem Jahr nicht in Haan beteiligen zu können. Sie verweist auf die Tischvorlage (FAQ-Liste des Innenministeriums), wonach nun auch Maßnahmen zulässig seien, die keine energetische Sanierung realisieren. Unter „sonstige Infrastruktur“ ließen sich nun sämtliche Investitionen fassen, die zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe dienen. Dies gelte auch für Sport- und Freizeiteinrichtungen. Unter diesen Umständen schlage die Verwaltung vor, die Beschlüsse zu Pkt. 2 u 3 heute nicht zu fassen, da sich dieserhalb noch Informationsbedarf der Verwaltung bei der Bezirksregierung / Innenministerium ergebe. Für die kommende Ratssitzung am 08.09.2009 werde die Verwaltung eine Ergänzungsvorlage mit aktualisiertem Beschlussvorschlag präsentieren.

Stv. Ruppert erklärt, bislang habe in der FDP-Fraktion die Meinung vorgeherrscht, die Sanierung der Sporthalle Adlerstr. habe Vorrang, wenngleich das Konzept der Waldorf-Schule auch Gefallen finde. Schließlich habe die Sporthalle einen immensen Einfluss auf das Image der Stadt Haan. Die Information der Tischvorlage eröffne aus seiner Sicht die Möglichkeit, auch der Waldorf-Schule helfen zu können. Daher plädiere er für eine erneute Schiebung der Entscheidung bis zur kommenden Ratssitzung, um für beide Projekte eine vernünftige Lösung zu finden.

Bgo. Formella sichert die Aufarbeitung der noch offenen Fragestellungen bis zum 08.09.2009 zu.

Stv. Pohler macht deutlich, auch für die SPD habe die Sanierung der Sporthalle Adlerstr. Priorität. Er schlage vor, die Waldorf-Schule solle 150.000 € ausgezahlt bekommen.

Stv. Lemke bestätigt, auch für die CDU sei der Sanierungsschwerpunkt die Sporthalle Adlerstr., doch solle auch der Waldorf-Schule geholfen werden können. Dem Vorschlag der SPD-Fraktion schließe man sich an. Er bitte, die offenen Fragestellungen zügig durch die Verwaltung zu klären. Die heute nicht zu beschließenden Maßnahmen zu Lärmschutz und Breitbandverkabelung sehe die CDU kritisch.

Stv. Rehm wirft ein, es gebe ein aktuelles Lärmgutachten, wonach passive Lärmschutzmaßnahmen als Folge des Windhövel-Centers nicht notwendig seien. Die GAL-Fraktion möchte die Waldorf-Schule unterstützen und die Sporthalle Adlerstr. sanieren. Es dürfe keine weitere Zeit durch eine weitere Aufschiebung der Entscheidung verloren werden.

Stv. Drennhaus findet es unbefriedigend, dass nur die Module 1 u 2 für die Sporthalle durchgeführt werden können. Er möchte wissen, wieso bei der Sporthalle Walder Str. in größerem Umfang saniert werden konnte.

TA Eden erläutert, die Sanierung der Sporthalle Walder Str. habe 2 Mio. € gekostet und sei somit auch teurer gewesen. Hinzu komme, dass die Halle Walder Str. flächenmäßig kleiner sei.

Stv. Ruppert bedauert ebenfalls, dass die dringend sanierungsbedürftigen Umkleide-

und Sanitärbereiche sowie das Foyer zunächst von einer Sanierung ausgeschlossen würden. Diese könnten ggfls. mit den normalen Mitteln der Bauunterhaltung zumindest teilweise angegangen werden. Die genauen Definitionen seien hierzu abzuwarten.

Stv. Wetterau möchte den Prüfauftrag an die Verwaltung mit in den Beschlussvorschlag aufnehmen.

Stv. Vossieg empfiehlt, sich im Beschluss nicht auf die Module 1 u 2 für die Sporthalle festzulegen, da der Hallenboden evtl. unter dem Titel Infrastruktur laufen könne.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Zur Umsetzung des Konjunkturpaketes II werden folgende Maßnahmen durchgeführt:

Die Sanierung der Sporthalle Adlerstr. (energetische Optimierung) wird mit 1.551.257 € aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz gefördert. Die Verwaltung wird bis zum 8.9.2009 prüfen, ob eine ergänzende Finanzierung für die Sanierung der Sporthalle Adlerstr. mit dem Investitionsschwerpunkt Infrastruktur möglich ist.

Die Waldorf-Schule erhält aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz einen städtischen Zuschuss in Höhe von 150.000 € ausgezahlt. Die Waldorf-Schule hat auf dieser Basis einen Eigenanteil in Höhe von 12,5 % zu tragen.

Die für die Durchführung der Maßnahmen in 2009 benötigten Mittel (Aufwendungen / Auszahlungen) sowie die Verpflichtungsermächtigungen für die in 2010 benötigten Mittel werden außerplanmäßig bereitgestellt.“

4./ Gewährung eines städtischen Zuschusses zum Erhalt des Pfarrsaals der katholischen Kirchengemeinde St. Nikolaus Vorlage: 10/034/2009

Protokoll:

Bgm. vom Bover schickt vorweg, seine Bemühungen um eine einvernehmliche Lösung seien am Widerstand einer der Parteien gescheitert, so dass eine Lösung im Gesamtpaket noch nicht möglich sei.

Stv. Giebels erklärt, die Begründungen der CDU-Fraktion für diesen Antrag gelten

unabhängig hiervon weiter fort: Die starke Nachfrage in der Bevölkerung zeige den Bedarf, das Infrastrukturangebot für Gruitzen müsse auch weiterhin vorgehalten werden.

Stv. Sack moniert, ein solcher Antrag passe nicht zur derzeitigen Haushaltssituation. Hier seien private Sponsoren zu suchen. Es sollten gute Räumlichkeiten wie das Bürgerhaus unterstützt werden und nicht viele kleine, die sich nicht selber finanziell trügen.

Stv. Kohl warnt davor, Präzedenzfälle zu schaffen und die Schleusen für die Anträge anderer kirchlicher Träger zu öffnen.

Stv. Wolfesperger erläutert, es seien bereits private Spenden geflossen, die aber nicht ausreichten, um den entfallenen Zuschuss des Erzbistums Köln aufzufangen. Der Pfarrsaal sei eine wichtige Einrichtung im Sinne der Bürgernähe.

Stv. Giebels erinnert, die CDU-Fraktion habe immer wieder Sparvorschläge für den Haushalt eingebracht, die mehrheitlich abgelehnt worden seien. Der Pfarrsaal habe große Bedeutung für das Gemeinwohl in Gruitzen, notwendige Infrastruktur dürfe nicht kaputt gespart werden.

Bgo. Formella weist darauf hin, dass ein solch beschlossener außerplanmäßiger Zuschuss an anderer Stelle im Haushalt wieder reingeholt werden müsse.

Stv. Lemke stellt klar, dass es sich nicht um einen Ausgleich eines Defizits vieler Jahre handele, sondern um einen einmaligen Beschluss für das Jahr 2009. Der ursprünglich im Antrag formulierte jährliche Zuschuss für die Folgejahre müsse zu gegebener Zeit erneut beraten werden.

Bgm. vom Bover spricht sich für die einmalige Zahlung an die katholische Kirchengemeinde aus.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja- und 10 Nein-Stimmen

Beschluss:

„Die Stadt Haan gewährt der katholischen Kirchengemeinde St. Nikolaus zum Erhalt des Pfarrsaals außerplanmäßig 2.000 € für das Jahr 2009 aus Haushaltsmitteln. Eine weitere Bezuschussung in den Folgejahren ist im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2010 zu erörtern.“

- 5./ Zuwendungen für Investitionen und Ausstattungen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zum Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren**
- Antrag des Kath. Kirchengemeindeverbandes Haan-Gruiten für die Einrichtung in der Breidenhofer Str. 1
 - Anträge des Waldorfkindergarten Haan e.V. für die Einrichtungen in der Friedrichstr. 54 und Parkstr. 29
 - Anträge der Arbeiterwohlfahrt Kreis Mettmann für die Einrichtungen Am Bandenfeld 110, Bollenberger Busch 29, Käthe-Kollwitz-Str. 1
- Vorlage: 51/042/2009/2**
-

Protokoll:

Bgm. vom Bovert trägt die auf Vorschlag der Verwaltung ergangene und im vorherigen Jugendhilfeausschuss einstimmig beschlossene Änderung zu Ziffer 2 des Beschlussvorschlages vor.

Stv. Drennhaus erkundigt sich, ob der städtische Kindergarten nicht auch weitere U3-Plätze anbieten wolle.

Bgo. Formella führt aus, dies scheitere an fehlenden Räumlichkeiten bzw. nicht zur Verfügung stehenden Flächen für bauliche Erweiterungen. Grundsätzlich aber solle eine solche Weiterentwicklung schon stattfinden. In den anstehenden Gesprächen zur Kindergartenbedarfsentwicklung werde dies erörtert.

Stv. Sack bestätigt, der städtische Kindergarten befinde sich von seinen Räumlichkeiten her schon jetzt am Limit. Ein weiterer Ausbau der U3-Plätze sei unter diesen Gegebenheiten nicht möglich.

Stv. Ruppert möchte abschließend wissen, ob es überhaupt noch Träger dieses Bereiches in Haan gebe, die ihren Eigenanteil komplett trügen.

Bgo. Formella erklärt, deren Anteil sei minimal. Diese Situation sei in der Diskussion mit den Trägern.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„1. Die Verwaltung wird beauftragt, nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen und Ausstattungen in Kindertageseinrichtungen

und Kindertagespflege zum Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren (RdErl. des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration vom 09.05.2008) fristgerecht Förderanträge für 2009/2010 an das Landesjugendamt (LVR Köln) zu richten für die

- a) Kindertageseinrichtung in der Breidenhofer Str. 1 in Höhe von 256.680 EUR;
 - b) Kindertageseinrichtung in der Friedrichstr. 54 in der Höhe von 76.846,65 EUR.
 - c) Kindertageseinrichtung in der Parkstr. 29 in Höhe von 82.450,00 EUR;
 - d) Kindertageseinrichtung Am Bandenfeld 110 in Höhe von 369.585,67 EUR;
 - e) Kindertageseinrichtung Bollenberger Busch 29 in Höhe von 199.699,92 EUR;
 - f) Kindertageseinrichtung in der Käthe-Kollwitz-Str. 1 in Höhe von 401.050,00 EUR.
2. Die Stadt Haan gewährt den Trägern auf deren Antrag zu den unter 1. des Beschlusssentwurfs aufgeführten Zuwendungsanträgen unter dem Vorbehalt, dass keine Eigenmittel (z. B. GTK-Rücklage) zur Verfügung stehen, einen städtischen Zuschuss (Übernahme der Eigenanteils) in Höhe von 10 v. H. der nach den unter 1. genannten Richtlinien zuwendungsfähigen Ausgaben entsprechend der durch das Landesjugendamt erteilten Zuwendungsbescheide. Über einen ggf. darüber hinausgehend erforderlich werdenden bzw. beantragten städtischen Zuschuss wird entschieden nach abschließender Prüfung des entsprechenden Zuwendungsantrags durch das Landesjugendamt.
- a) Kindertageseinrichtung in der Breidenhofer Str. 1 in Höhe von 40.680,00 EUR;
 - b) Kindertageseinrichtung in der Friedrichstr. 54 in Höhe von 7.684,66 EUR.
 - c) Kindertageseinrichtung in der Parkstr. 29 in Höhe von 8.245,00 EUR;
 - d) Kindertageseinrichtung Am Bandenfeld 110 in Höhe von 36.958,57 EUR;
 - e) Kindertageseinrichtung Bollenberger Busch 29 in Höhe von 19.969,99 EUR;
 - f) Kindertageseinrichtung in der Käthe-Kollwitz-Str. 1 in Höhe von 40.105,00 EUR.
3. Die am 11.11.2008 beschlossenen Fördermaßnahmen für die Kindertageseinrichtungen (Vorlage 51/001/2008)
- Am Bandenfeld 110 (1. a))
 - Käthe-Kollwitz-Str. 1 (1. b))
 - Heinhauser Weg 8 (1. c))
 - Friedrichstr. 54 (1. g))
- sind gegenüber dem Land zurück zu ziehen. Die Beschlüsse zu 1. a), 1. b), 1. c), 1 g), 2. a), 2. b), 2. c) und 2. g) werden aufgehoben.“

6./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Gräßler moniert, dass der GPA-Bericht der Politik nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt worden sei. Er möchte wissen, warum dies so sei und wann damit zu

rechnen sei.

Bgm. vom Bover stellt klar, dass alle Fraktionsvorsitzenden zeitnah diesen Bericht erhalten hätten. Nun werde man allen Ratsmitgliedern einen GPA-Bericht zur Verfügung stellen.

Stv. Lukat fragt, welche Entlastungsmaßnahmen die Stadt für die Umleitungsstrecken vorbei an der Brücke Dieker Str. wann umsetze. Vielfach sei die Beschilderung als zu umständlich kritisiert worden.

Bgo. Buckesfeld erläutert, die Beschilderung sei bereits mehrfach auf Wunsch von Verkehrsteilnehmern geändert worden. Als Entlastung für die Umleitungsstrecken seien lediglich geringfügige Änderungen an der Ampelschaltung denkbar.

Stv. Pohler moniert, der Generalverkehrsplan sei der Politik noch nicht wie versprochen zur Verfügung gestellt worden.

Bgo. Buckesfeld sagt zu, dieser werde mit der Einladung zur nächsten Sitzung des PIUVA versandt.

Stv. Lemke möchte wissen, ob die Verwaltung in Verhandlungen mit dem Investor, der Projekte an der oberen Landstraße plant, mit dem Ziel getreten sei, den Kreisverkehr, sich schon heute als Nadelöhr für den Verkehr erweise und zu langen Rückstaus auf der Landstraße führe, diesen zu vergrößern.

Bgo. Buckesfeld erklärt, dass auch weiterhin kein konkretes Gesamtkonzept seitens des Investors vorliege. Der PIUVA werde beteiligt, sobald dies der Fall sei.

Stv. Rehm sorgt sich ob der Schulwegsicherung entlang der Hochdahler Str. Der Verkehr sei zunehmend auf die Stichstraße Diekermühle ausgewichen, die einen stark frequentierten Schulweg darstelle. Er fragt, ob diese nicht für den Autoverkehr gesperrt werden könne, solange die Sperrung der Brücke Dieker Str. existent sei.

Bgo. Buckesfeld erklärt, die Verwaltung werde dies prüfen und hierzu im PIUVA berichten.

Stellungnahme der Verwaltung: Die Diekermühle wird entsprechend dem Vorschlag von Herrn Rehm kurzfristig für den KFZ-Verkehr gesperrt. Die Sperrung wird für die Dauer der Brückenbauarbeiten „Dieker Straße“ aufrecht erhalten.

7./ Mitteilungen

Protokoll:

Bgo. Formella gibt einen Zwischenstand in Sachen Betreuungsmanagement für Obdachlose in Haan. In der jüngeren Vergangenheit konnten 29 Menschen in Wohnungen vermittelt werden, was als großer Erfolg anzusehen sei. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage habe man dennoch 15 Zugänge zu verzeichnen gehabt, die Ist-Belegung aller Unterkünfte liege derzeit bei 56 Personen. Davon gelten 1/3 als

sofort in Wohnungen vermittelbar. Dies scheitert derzeit an nicht zu erhaltendem Wohnraum. Eine Begehung der Obdachlosenunterkünfte mit dem Kreisgesundheitsamt finde in Kürze statt.

Bgm. vom Bovert teilt mit, das Paul-Gerhard-Haus stehe zum Verkauf an die Investorengruppe Breitner & Lotz an.